

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilt bis auf weiteres nur Montags, Mittwochs u. Freitags nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Preis für den Abnehmer 100 000 M., durch unsere Vertreter zugestrichen in der Stadt 512 000 M. auf dem Lande 515 000 M., durch die Post monatlich einnehmend. Alle Postanfragen und Postbestellungen sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Inserentenpreis 250 000 M. für die 6-spaltige Kopfzeile oder deren Raum, Restamen, die 2-spaltige 600 000 M. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2-spaltige Kopfzeile 250 000 M. Nachweisungs-Gebühr 5000 M. Einlagenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenpreis enthält, wenn der Betrag durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung gestellt.

Ersteilt seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Jschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pässig, für den Inseratenteil: Arthur Jschunke, beide in Wilsdruff

82. Jahrgang. Nr. 106.

Dienstag / Mittwoch 11. / 12. September 1923

Amtlicher Teil.

Höchstpreise für Milch und Milch-erzeugnisse.

Das Wirtschaftsministerium hat unter dem 5. September 1923 für in Sachsen gewonnene Milch und Milch-erzeugnisse folgende Erzeugerhöchstpreise bei Abgabe an **Wiederverkäufer** festgesetzt:

A. Für Milch.

- a) für das Liter Vollmilch 212 000,— M.
- b) für das Liter Magermilch 70 665,— M.

B. Für Butter und Speisequark mit höchstens 75% Wassergehalt.

I. Für Kuhhalter ab Gehöft.

- a) Butter für das Pfund 2226 000 M.
- b) Speisequark für das Pfund 320 000 M.

II. Für gewerbliche Molkereien ab Molkerei.

- a) Butter für das Pfund 2544 000 M.
- b) Speisequark für das Pfund 384 000 M.

Auf Grund dieser Verordnung werden für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Meißen, einschließlich der Städte Rossen und Lommatzsch (ausgenommen die Stadt Wilsdruff) unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 31. August 1923 mit Wirkung vom 9. September 1923 ab nach Gehöft der Preisprüfungsstellen für den **Kleinhandel** folgende Höchstpreise festgesetzt:

- a) für Vollmilch 224 000 M. je Liter beim Erzeuger ab Gehöft (Verlitterungspreis) 300 000 " " " beim Kleinhändler, beim Verkauf ab Wagen und in den Verkaufsstellen der Molkereien für molkereimäßig behandelte Milch in Orten über 3000 Einwohner
- b) für Butter 2800 000 " je Pfund b. Erzeug. ab Gehöft bei Ausgabe an Verbraucher ab Molkerei oder deren Verkaufsstellen 2800 000 " " " beim Kleinhändler für Landbutter 2500 000 " " " beim Kleinhändler von sächsischen Molkereien bezogene mit deren Namen ausgeschlagene Butter. 2800 000 " " "
- c) Speisequark 330 000 " " " beim Erzeuger ab Gehöft 420 000 " " " beim Kleinhändler oder in den Verkaufsstellen der Molkereien.

Die in dieser Bekanntmachung festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes betr. Höchstpreise vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914 — Reichsgesetzblatt Seite 518 — mit Nachträgen und verstehen sich einschließlich der Umsatzsteuer.

Wer diesen Bestimmungen zuwiderhandelt, wird auf Grund der einschlagenden reichsgesetzlichen Bestimmungen mit Gefängnis und Geldstrafe oder einer dieser Strafen, in schweren Fällen mit Zuchthaus, bestraft.

Meißen, Rossen und Lommatzsch, den 7. September 1923.

Z II 197

Die Amtshauptmannschaft und die Stadträte zu Rossen und Lommatzsch.

Vom Oberversicherungsamt sind die **Ortslöhne** für die Bezirke der unterzeichneten Versicherungsämter mit rückwirkender Kraft vom 3. September 1923 an folgendermaßen neu festgesetzt worden:

Versicherte über 21 Jahre	Versicherte von 16 bis 21 Jahren		Junge Leute von 14 bis 16 Jahren		Kinder unter 14 Jahren		
	männl. M.	weibl. M.	männl. M.	weibl. M.	männl. M.	weibl. M.	
Bezirke der Versicherungsämter der Städte Meißen, Rossen, Lommatzsch und Wilsdruff (Ortsklasse 1).							
2000 000	1400 000	1520 000	1280 000	980 000	720 000	860 000	360 000
Bezirk des Versicherungsamtes der Amtshauptmannschaft Meißen (Ortsklasse 2).							
1800 000	1320 000	1400 000	1120 000	840 000	600 000	300 000	300 000
Weiter haben die Oberversicherungsämter Sachsens nach § 936 ABO den durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst sowohl der landwirtschaftlichen als auch der forstwirtschaftlichen Arbeiter für ihre Bezirke mit rückwirkender Kraft vom 3. September 1923 an folgendermaßen neu festgesetzt:							
480 000 000 M. für männliche, 360 000 000 M. für weibl. Versicherte über 21 Jahre,							
396 000 000 " " " 330 000 000 " " " von 16—21 Jahren,							
270 000 000 " " " 210 000 000 " " " von 14—16 Jahren,							
84 000 000 " " " Kinder beiderlei Geschlechts unter 14 Jahren.							
Meißen, am 6. September 1923, 1087 Nr. 6 O. L., 4 J. A. V. XIa							
Die Versicherungsämter der Amtshauptmannschaft Meißen und der Städte Meißen, Rossen, Lommatzsch und Wilsdruff.							

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die Reichsregierung hat eine Verordnung über die Erlassung des unproduktiven Devisenbestandes erlassen.
- Wie verlautet, tritt am 16. d. M. eine neue Erhöhung der Telegraphen- und Fernspreckgebühren, am 20. d. M. eine solche für die übrigen Postgebühren ein.
- In den alliierten Hauptstädten wurde eine deutsche Protestnote wegen der Ordonnanz über die Beamtenernennungen im Rheinland überreicht.
- Die politischen Arbeiten des Kabinetts betreffen jetzt in erster Linie die Vorbereitung von Verhandlungen mit der Entente über die Ruhrfrage.
- Die Vorkonferenz hat Griechenland eine Anzahl Zugeständnisse im Streitfall mit Italien gestollt.

Der Weg zur Gesundung.

Man hat unzweifelhaft das Gefühl, daß die Reichsregierung jetzt entschlossen den Weg beschritten hat, den ihr die längste Entwicklung gebieterisch vorschreibt. Überall ist man sich einig über das Ziel: die Sanierung der deutschen Finanzen, die Befestigung der Wirtschaft, die Bekämpfung der Markverschlechterung, die Bekämpfung der Inflation und die Zusammenfassung aller Kräfte der Nation zu diesem großen Zweck. Man wußte auch, daß diese Kräfte trotz aller Schwächung noch ausreichen würden, und jetzt ist der Entschluß gefaßt. Es gibt in ganz Deutschland niemand außerhalb eines Kreises der gewissenlossten Spekulation, der nicht hinter der Regierung stünde, wenn sie nunmehr daran geht, in letzter Minute Deutschland vor dem finanziellen Zusammenbruch zu retten. Das Kabinett Stresemann ist bereits entschlossen dabei, das zu unternehmen. Man wird dessen deutlich inne, wenn man sich z. B. den Inhalt der Artikel der Verfassung ansieht, die zur ungehinderten Durchführung der Vollmachten des neuen Devisendiktators vorübergehend aufgehoben werden. Die Aukerkräftigung des Artikels 115 der Weimarer Verfassung betrifft nämlich nichts Geringeres als die Unverletzlichkeit der Wohnung des einzelnen Deutschen, die des Artikels 117 bringt die Befestigung des Brief-, Telegramm- und Telephongeheimnisses, und mit der Störung des Art. 153 wird sogar die bisherige Unverletzlichkeit des persönlichen Eigentums aufgehoben, das heißt also, daß der Devisenkonsum für jeden Tages- und Nachtzeit unvermehrt die Postzeit in die Woh-

nung eines der Hinterziehung von Devisen, ausländischen Werten und Edelmetallvorräten Verdächtigen schiden kann, daß er dessen brieflichen und ganzen sonstigen Verkehr mit Geschäftsfreunden, mit Verwandten, vor allem mit dem Auslande kontrollieren wird, und so, wenn sich die Verdachtsmomente bestätigen, das Eigentum des Schuldigen dem Staat in ganzer Höhe haftpflichtig ist. Was hier mit einem Federstrich um des Wohles des Ganzen willen vorübergehend als null und nichtig erklärt wird, stellt die seinerzeit in Weimar begründeten Grundrechte jedes Deutschen dar, und nur die äußerste Not und der entschlossenste Wille, ihr zu steuern, vermögen die Berechtigung dazu zu verleihen, diese Grundrechte aufzuheben. Sinn und Zweck des Ganzen aber ist, dem Staat unter allen Umständen die Goldmillionen in Dollar-, Pfund- und Guldennoten zu schaffen, deren er bedarf, um nach den Worten des Finanzministers Dr. Hülferding die Herrschaft über den Devisenmarkt zu gewinnen. Mit der Reichsbank als ausführendem Organ will künftig die Reichsregierung jederzeit in der Lage sein, am Devisenmarkt so nachdrücklich einzugreifen, daß die Spekulation ihren bisherigen Mut verliert. Außerdem aber geht die Absicht dahin, mit den so gewonnenen Mitteln den notwendigen Sättigungsfonds an disponiblen Geld zu schaffen, der der unumgänglich notwendig gewordenen Goldrechnung die finanzielle Basis geben soll. Man darf annehmen, daß auch darüber schon im Laufe der kommenden Woche die Entscheidung fällt, denn die Zeit drängt. Zur Stunde liegt ein grundsätzliches Gutachten des Reichswirtschaftsrates vor, der die verschiedenen Pläne zur Schaffung einer stabilen neuen Währung auf Goldbasis im einzelnen untersucht und dahin zusammenfaßt, daß allem anderen voran erst einmal eine sichere Ertragsfähigkeit der Eisenbahn und der Post und eine gesunde Haushaltswirtschaft des Staates Sorge getragen werden muß. Die Goldnotenbank soll begründet werden, daß die Reichsbank mit ihren restlichen Goldbeständen und den vom Devisendiktator herbeigeschafften Devisenbeständen einen Münzfundus bildet, der in der Höhe der nötigen Zahl von Goldmillionen die währungsstechnische und unerlässliche Finanzbasis für die sodann herauszugehenden Goldnoten darzustellen hätte. Dabei ist anzuführen, daß rein rechnerisch diese Summe in Goldmillionen mit Hilfe des Sachbesitzes, der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels und des Gewerbes zu erstellen sein würde, da von diesen deutschen Verursachern wiederholt eine diesbezügliche Zusage gemacht worden ist. Mit der so zu neuer nationaler Funktion befähigten

Reichsbank und der neuen Goldwährung, in die nach und nach die Bayermarkwährung aufgenommen werden würde, ergibt sich dann als Folge die Stilllegung der Notendruckpresse. Sodann würde weiter endlich die Stabilität unserer ganzen Geldverhältnisse eintreten, die es ermöglichen, auch sonst auf dem gesamten wirtschaftlichen Gebiete zu der so lange und immer vergeblich erhofften Verbesserung zu gelangen. Das Beispiel Österreichs lehrt in dieser Hinsicht manches. Schon die Aussicht auf eine Besserung bedeutet gerade auf finanzpolitischem Gebiete viel. Schon die Aussicht auf eine Verbilligung der Leistung würde es ermöglichen, aus dem Handel aller Art, aus dem ganzen Wirtschaftsleben der Nation den berechtigten Entwertungsfaktor auszuschalten, der an dem heutigen Geld die meiste Schuld trägt. Auf der weiteren Linie lägen dann die Herbeiführung des Wirtschaftsfriedens, die Angleichung der gleichfalls stabil gewordenen Preise für Kohle und Eisen, an die heutige Wirtschaftslage, lägen die Behebung und Ausschaltung der ständigen Lohnkämpfe, die unser inneres Leben vergiften. Die letzte Zeit hat uns gelehrt, was das alles bedeuten würde. Aber in diesen Rahmen gehört auch naturgemäß ein rascher Blick auf die auswärtige Lage. Eine zweite große Voraussetzung bleibt nämlich die Beendigung des Ruhrkrieges. Das deutsche Volk ist willens, ihn zum Abschluß zu bringen, aber es ist auch entschlossen, bis zum letzten dafür zu kämpfen, daß dieser Abschluß ehrenvoll ist. Es kann nicht oft genug betont werden, daß das Kabinett Stresemann niemals zu einer Kapitulation bereit sein wird. Aber wenn die Einigkeit des deutschen Volkes in diesem Punkte sich künftig von dem hellen Hintergrund einer Sanierung der Reichsfinanzen und der Stilllegung der Notendruckpresse abheben kann, dann wird man auch im Auslande endlich erkennen, daß diesem ersten Schritt von deutscher Seite zwangsläufig der zweite der anderen Seite folgen muß.

Außenpolitische Ziele.

Auf dem Wege zu Verhandlungen. In politischen Kreisen in Berlin ist man gegenwärtig vollkommen davon überzeugt, daß die endgültige Rettung aus der Gefahr chaotischer wirtschaftlicher Zustände auf dem Gebiete der Außenpolitik liegt. Solange Deutschland gezwungen wird, ungeheure, stets wachsende Summen für den Kampf im Ruhrgebiet zu opfern, gibt es keine Maßregel, die Deutschland zur Gesundung führen könnte. Diesem